

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Sitzungstermin: Dienstag, 25.09.2018
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:16 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Kruse, Detlef

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine
Pohlmann, Marianne

GfE-Fraktion
Kruse, Doris für Thomas Geiken

CDU-Fraktion
Buisker, Herbert für Dr. Hermann Ringena
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Böckmann, Jürgen

FDP-Fraktion
Frerichs, Uwe
Mälzer, Frank (bis 18:42 Uhr)

Beratende Mitglieder
Lübben, Ernst Freiwillige Feuerwehr
Reuwsaat, Stefan für Arno Peper – PK Leer/Emden

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Erster Stadtrat
Docter, Andreas Stadtbaurat

von der Verwaltung
Büüsker, Wilhelm
de Boer, Stefan
Ubben, Wolfgang
Wegbänder, Martin
Post, Hinrich
Schuster, Holger

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Um den Gästen ein früheres Gehen zu ermöglichen bittet **Herr Kruse** darum, den TOP 6 „Zustände auf dem Friesenhügel“ und TOP 7 „Verkehrslärm in der Innenstadt“ vor den TOP 5 „Vorstellung des Budgets 2019 des FB Öffentliche Sicherheit, Bürgerservice“ zu ziehen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 7 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 16.05.2018

Beschluss: Das Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 16.05.2018 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Kronshagen gibt zum Beratungsthema des TOP 6 „Zustände auf dem Friesenhügel“, Antrag der CDU- und SPD-Fraktion, an, dass bereits ein Jahr zuvor ein Antrag wegen derselben Situation gestellt wurde. Dieser Antrag wurde aufgrund mangelnder Anwohnerbeschwerden von der Stadtverwaltung abgelehnt. Leider habe sich die Situation auch dieses Jahr nicht verbessert. Um einer erneuten Ablehnung des Antrags vorzubeugen, haben die Anwohner dem Antrag eine Unterschriftenliste beigefügt. Zusätzlich wurde die Situation auf dem Friesenhügel zwei Wochen lang dokumentiert. Zeitungsberichten zufolge seien lediglich drei Meldungen der Anwohner bei der Polizei eingegangen. Er bezweifelt dieses und gibt an, dass mindestens 10 Anrufe und eine persönliche Kontaktaufnahme erfolgt seien. Deswegen erkundigt er sich, wie Einsätze von der Polizei protokolliert werden.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Dirks berichtet von persönlichen Beobachtungen zum Beratungsthema des TOP 7 „Verkehrslärm in der Innenstadt“, Antrag der FDP-Fraktion. Aufgrund dieser Angelegenheit habe er sich um eine Kontaktaufnahme zu den Fraktionen im Emdener Rat und der Polizei bemüht. Er fragt nach, warum die Situation seitens der Polizei nicht besser kontrolliert werde.

Herr Glyschewski fragt zum Beratungsthema des TOP 8 „Zustände auf dem Friesenhügel“, Antrag der CDU- und SPD-Fraktion nach, welche Maßnahmen bezgl. der Situation getroffen werden.

Herr Kruse bedankt sich bei den Einwohnern für die Fragen und teilt mit, dass es weitere Erläuterungen bei der Beratung der jeweiligen Tagesordnungspunkte geben werde.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Vorstellung des Budgets 2019 des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit, Bürgerservice gemäß des Eckwertebeschlusses 2019
Vorlage: 17/0753/6

Herr Büüsker begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und erklärt einleitend, dass der Fachbereich 400 neben der Fachbereichsleitung aus 4 Fachdiensten bestehe. Zusammen mit der Fachbereichsleitung bündeln diese Fachdienste mit den jeweiligen Teilbudgets 18 Produkte. Davon beinhalten 16 Produkte ausschließlich Pflichtaufgaben. Anhand einer Power-Point-Präsentation gibt er einen Überblick über das Budget sowie die Ziele und die Ausrichtung des Fachbereiches Öffentliche Sicherheit und Bürgerservice. Die Fachdienstleiter ergänzen für ihren Bereich seine Ausführungen. Die Gesamt-Präsentation des Fachbereiches 400 ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Wegbänder stellt das Budget 2019 des FD Öffentliche Sicherheit und Ordnung vor. Er hebt hervor, dass wegen der Aufgabenübertragung an den LK Aurich für das nächste Jahr die noch vorhandenen Restsummen der Produkte „Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung“ sowie „Tierseuchenbekämpfung, Tierschutz und Tiergesundheit“ verbucht und somit ab 2019 endgültig nicht mehr im Budget enthalten sein werden. Die Entschädigungszahlung für das Produkt „Veterinärwesen und Lebensmittelkontrolle“ verbleibt weiterhin. Zum Produkt „Bisam- und Rattenbekämpfung/Jagd“ gibt er an, dass eine Zunahme von Ratten beobachtet werde und dies Kostensteigerungen erwarten ließe. Auch eine zukünftige Nutria-Population könnte zukünftig Kosten entstehen lassen. Weiter führt er aus, dass im Bereich des Produktes der Gewerbeüberwachungen neue Thematiken, wie das neue Prostituiertenschutzgesetz, zu beachten seien. Auch ein nationales Bewacher-Register müsse aufgrund einer neuen Gesetzgebung aufgebaut werden. Weiter geht er auf die stetige Steigerung der Ausländerzahlen ein und macht das intensive Arbeitsaufkommen für das nachfolgende Aufenthaltsrecht deutlich. Im Zusammenhang mit dem Umbau des Neuen Marktes bemerkt er, dass die Übergangslösung für den Wochenmarktbetrieb viel Flexibilität von allen Beteiligten fordern werde und mit Einschränkungen zu rechnen sei.

Herr Ubben erläutert das Budget 2019 des FD Straßenverkehr und hebt hervor, dass zukünftig besonders die Sondernutzungserlaubnisse mit einem entsprechenden Kataster intensiver behandelt werden sollen. Im Bereich der sonstigen ordentlichen Erträge seien aufgrund entsprechend verkehrsgerechtem Verhalten der Autofahrer sowie durch den Gewöhnungseffekt geringere Einnahmen zu verzeichnen. Weiter teilt er mit, dass aufgrund eines Fahrzeugdefektes die

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

mobilen Geschwindigkeitsmessungen momentan nicht intensiv genutzt werden können. Ein neues Fahrzeug sei bestellt und werde voraussichtlich im 4. Quartal 2019 ausgeliefert. Er gibt an, dass beim Aufwandsbereich die Personalkosten dominieren. Dennoch müsse aufgrund steigender Bußgeldverfahren im Bereich der Ordnungswidrigkeiten über eine Personalverstärkung nachgedacht werden.

Herr de Boer stellt das Budget 2019 des FD Bürgerbüro und Standesamt vor. Aufgrund der Vorgaben durch den Gesetzgeber, die für Dienstleistungen einzuhalten seien, könne der FD nicht kostendeckend gefahren werden. Eine Steigerung sei bei den Verwaltungsgebühren durch höhere Fallzahlen zu erkennen, die allerdings auch eine höhere Personalaufwendung bedeuten. In diesem Zusammenhang weist er auf die fortschreibungsfähigen externen Personalbemessungen im Bürgerbüro in 2013 und Standesamt in 2017 hin.

Weiter spricht er das Thema Digitalisierung an und bezieht sich hierbei auf einen Presseartikel. Anhand von Zahlen und Fakten macht er deutlich, dass das Bürgerbüro viele Online-Dienste für den Bürger sowie auch Institutionen anbietet und insgesamt eine positive Entwicklung der Nutzung festzustellen sei. Auch der Bereich des E-Governments wurde weiter verstärkt. Vorzeitig wird bereits dieses Jahr eine Zielvorgabe für 2019 erreicht werden, die dem Bürger ermöglicht, Urkunden beim Standesamt online anzufordern. Außerdem wird der FD parallel an einem Pilotprojekt des FD Finanzen und Abgaben zum Thema „E-Rechnungen“ teilnehmen.

Herr Schuster macht Ergänzungen zum Budget des FD Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz. Er gibt an, dass die Führungsstrukturen bei Großschadenslagen weiter verbessert und gefestigt werden sollen. Weiteres Ziel sei die Förderung und der Erhalt des Ehrenamtes. Zur Steigerung der Attraktivität gäbe es hierzu verschiedene Projekte u. a. wurde eine Kinderfeuerwehr errichtet.

Herr Büusker fasst abschließend zusammen, dass der Aufwandszuwachs im gesamten Fachbereich vorrangig auf gesetzlichen und tariflichen Personalkostensteigerungen zurückzuführen sei. Bedingt durch ein Mehraufkommen von Fallzahlen und Aufgabenzuwachs ergaben sich Personalverstärkungen. Das zur Verfügung stehende Stellenbudget werde allerdings derzeit noch nicht ganz ausgeschöpft. Er weist darauf hin, dass im Bereich des FD Straßenverkehr bei einer zukünftigen Durchführung von mehr Kontrollen über eine Personalverstärkung nachgedacht werden müsse. In diesem Zusammenhang bemerkt er, dass für alle Bereiche aktuelle Personalbemessungen vorhanden seien.

Im Bereich der sonstigen ordentlichen Erträge seien vorrangig bei den Verwarn- und Bußgeldern die Einnahmen rückläufig. Dieses sei durch entsprechende Maßnahmen sowie auf das positive verkehrsgerechte Verhalten der Autofahrer zurückzuführen.

Er bemerkt weiter, dass neben den anderen Fachdiensten besonders im FD Bürgerbüro und Standesamt Potentiale des E-Governments praktiziert werden. Bei weiteren Fragen zum Budget stehe er für Erläuterungen zur Verfügung.

Herr Kruse bedankt sich bei allen Vortragenden für die detaillierten Ausführungen und bittet um weitere Wortmeldungen.

Herr Buisker erkundigt sich, ob sich die Aufgabenübertragung an den LK Aurich bewährt habe. Außerdem fragt er nach der Zusammenarbeit der einzelnen Feuerwehren im aktuellen Moorbrandfall im LK Emsland.

Herr Wegbänder berichtet, dass die Zusammenarbeit mit dem LK Aurich aufgrund von direkten Ansprechpartnern des Tierärzteteams sehr positiv sei.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Büüsker betont, Informationen betreffend des Moorbrandes seien bei TOP 8 „Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ vorgesehen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 6 Zustände auf dem Friesenhügel;
- Gemeinschaftlicher Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 13.08./30.08.2018
Vorlage: 17/0805

Herr Kruse bittet Herrn Buisker um seine Ausführungen.

Herr Buisker erläutert den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion. Die in der Stellungnahme der Verwaltung zusammengefassten Ergebnisse seien ihm nicht ausreichend genug und er bittet deshalb um weitere Lösungsvorschläge.

Ergänzend zum gemeinsamen Antrag erklärt **Frau Pohlmann**, dass die betroffenen Anwohner bei ihrem Hilferuf Unterstützung benötigen. Auch sie hofft auf weitere Lösungsvorschläge von der Verwaltung.

Herr Wegbänder führt zur Stellungnahme der Verwaltung aus, dass der eingereichte Antrag unter Beteiligung des Bau- und Entsorgungsbetriebes, Fachdienst Jugendförderung, Präventionsrat und dem Polizeikommissariat intern diskutiert und eine Sachverhaltsfeststellung getroffen worden sei. Aufgrund des hochsommerlichen Wetters haben sich im gesamten Stadtgebiet viele Menschen bis in die Nachtstunden im Freien aufgehalten. Dieses führte an den verschiedensten Orten zu Lärmbeschwerden. Eine extreme Belastungssituation, die ein unmittelbares Einschreiten erfordern würde, bestünde hierdurch nicht. Außerdem habe sich die Situation stadtweit nach den Sommerferien deutlich entspannt. Der Friesenhügel sei ein zentrumnahes Gelände, das von vielen Bürgern genutzt werde. Deshalb sei hier die Verhältnismäßigkeit zu betrachten und zu überlegen, ob eine Schließung oder Beschränkung des Geländes ein richtiger Ansatz sei. Alternativ könnten seitens der Jugendförderung den Jugendlichen auch Angebote in Jugendeinrichtungen unterbreitet werden. Jedoch gibt er zu bedenken, dass Jugendliche „Freiräume“ suchen, in denen sie sich ohne Aufsicht von Erwachsenen (Eltern, Sozialarbeiter, Gaststättenpersonal usw.) treffen können. Vermutlich würde es nur zu einem Ortswechsel kommen. Ebenso geht er auf ein allgemeines Alkoholverbot ein, dass rechtlich nicht durchsetzbar sei.

Herr Docter weist ebenfalls auf die besondere Situation in diesem Sommer hin. Seiner Meinung nach sei ein Auseinanderdividieren der Gesellschaft erkennbar. Einerseits sollen junge Menschen die Möglichkeit erhalten, in das Gesellschaftsleben eingeführt zu werden, auf der anderen Seite gäbe es den Wunsch nach immer mehr Kontrolle durch die öffentliche Hand. Diese Forderung bedeute einen Mehraufwand für seine Mitarbeiter und sei ohne zusätzliches Personal nicht leistbar. Deutlich weist er darauf hin, dass ein Alkoholverbot auf öffentlichen Flächen nicht erlaubt und dieses den Ratsmitgliedern auch bekannt sei. Die Aussage von Herrn Wegbänder, dass sich die Situation auf dem Friesenhügel bei einer Schließung oder Beschränkung nur verlagern würde, bestätigt er. Zusätzlich erklärt er die Zuständigkeit der Polizei und bittet Herrn Reuwsaat um Ergänzungen.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Reuwsaat schildert aus Sicht der Polizei die Situation auf dem Friesenhügel. Bei den Einsätzen seien verschiedene Gruppen von Jugendlichen im Alter von 14 bis 21 Jahren angetroffen worden. Davon seien bei zwei Einsätzen größere Gruppen von 50 – 60 Jugendlichen vor Ort gewesen. Zur regelmäßigen Kontrolle des Friesenhügels seien von ihm Polizeistreifen angeordnet worden. Er räumt ein, dass das weitläufige Gelände mit zwei Zufahrtswegen schwierig zu kontrollieren sei. Zusätzlich erklärt er die Disposition eingehender Anrufe und den Einsatz von Polizeistreifen. Er bittet um Verständnis, dass es aufgrund des schönen Sommers viele verschiedene „Brennpunkte“ in der Stadt gab und die Polizei eine Priorisierung der eingehenden Meldungen zu berücksichtigen habe.

Herr Buisker äußert, dass er die Schilderung der Polizei nachvollziehen könne, allerdings nicht die Aussage von Herrn Docter, es werde zur Lösung der Situation mehr Personal benötigt. Er macht deutlich, dass es ihm nicht um mehr Personaleinsatz gehe. Auch die Schwierigkeit, ein allgemeines Alkoholverbot zu erlassen, bestreitet er nicht. Vielmehr appelliert er, dass Jugendliche Regeln einhalten sollten. Er spricht in diesem Zusammenhang die Altersgrenze für den Konsum von Alkohol an, die hierbei nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Er fordert nochmals andere Lösungsvorschläge.

Herr Docter bemerkt, dass er festgestellt habe, dass in unterschiedlichen Bereichen immer öfter Wünsche ausgesprochen und zusätzliche Leistungen gefordert werden, hingegen werden Vorschläge für eine Umsetzung von den Mitgliedern des Rates nicht gemacht.

Herr Frerichs äußert sein Verständnis für die Anwohner aber auch für die Jugendlichen. Durch die Aussage von Herrn Reuwsaat entstehe bei ihm der Eindruck, dass die Polizei nicht genügend Unterstützung durch die Landespolitik erhalte und folglich zu wenig Personal habe, um ihre vielseitigen Aufgaben zu erledigen. Dass der Friesenhügel ein schwierig zu kontrollierendes Gelände sei, ist seiner Meinung nach ein weiterer Punkt. Einen zusätzlichen Personaleinsatz, beispielsweise durch die Citystreife, hält er für bedenklich. Auch ein Verbot würde seiner Meinung nach nichts nützen, da es nur schwierig zu kontrollieren sei. Unter Betrachtung dieser Fakten wünscht auch er sich andere Lösungsvorschläge.

Herr Böckmann hingegen wirbt für mehr Kommunikation zwischen den Generationen und bedauert es, dass das Thema auf eine Leistungsforderung und auf noch mehr Regulierungsmaßnahmen heruntergebrochen werde. Er begrüßt die Worte von Herrn Wegbänder und warnt davor, Jugendliche auszugrenzen. Zur Regulierung der Situation schlägt er eine Bürgerfragestunde vor.

Zum Vorschlag von Herrn Böckmann gibt **Herr Docter** an, dass in der Stellungnahme der Verwaltung die städtische Jugendförderung als Vermittlungsstelle vorgeschlagen worden sei.

Frau Kruse vertritt die Meinung, dass das hauptsächliche Problem bei den Jugendlichen die Nichteinhaltung von Regeln sei. Auch in anderen Gremien, wie z. B. dem Jugendhilfe- oder Schulausschuss, sei dies ein Thema, das ein erhöhtes Maß an Personaleinsatz benötige. Dem Vorschlag von Herrn Böckmann, die Kommunikation mit den Jugendlichen herzustellen, stimme sie zu.

Frau Pohlmann möchte der jetzigen Diskussion die Schärfe nehmen und macht deutlich, es sei nicht das Ziel, Jugendliche vom Friesenhügel zu vertreiben. Dennoch seien die nächtlichen Ruhestörungen für die Anwohner ein Problem. Auch sie weist in diesem Zusammenhang auf das Mindestalter für den Alkoholkonsum hin. Die Forderung nach mehr Personal stelle sie nicht, vielmehr möchte sie an die Vernunft der Jugendlichen appellieren, damit die Anwohner sich nicht derart gestört fühlen. Deswegen begrüßt auch sie den Vorschlag, mit Hilfe von Sozialarbeitern das Gespräch mit den Jugendlichen zu suchen.

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Böckmann sieht durch die Einbindung der Jugendförderung eine große Chance, die Kommunikation mit den Jugendlichen aufzunehmen um die Situation zu befrieden. Natürlich habe er Verständnis für die Anwohner, aber die Meinung, den Friesenhügel zu schließen, zumal es sich um öffentlichen Raum handele, teile er nicht. Auch er sei der Meinung, dass sich die Gesellschaft nicht auseinanderdividieren dürfe.

Herr Docter verweist nochmal auf die Vorlage und dass die Jugendförderung bereits zur Problemlösung einbezogen sei. Er macht darauf aufmerksam, dass im nächsten Jahr eine neue Generation von Jugendlichen nachwachsen und diese Diskussion sicherlich an anderer Stelle nochmal geführt werde. Sollte auf diese Entwicklung der Gesellschaft weiter eingegangen und sollten Erziehungsaufgaben zukünftig über die Behörde gelöst werden, müsse hierfür mehr Personal aktiv werden, betont er.

Herr Frerichs bemerkt, dass die Jugendlichen nicht vorverurteilt werden sollen und dass die FDP-Fraktion für eine annehmbare Lösung für alle Beteiligten plädiere.

Herr Buisker schließt sich den Ausführungen von Frau Pohlmann an. Er erkundigt sich, nach dem Kommunikationsaufbau durch die Jugendförderung, für den seiner Meinung nach nicht 50 Mitarbeiter nötig seien.

Herr Docter erklärt, dass Mitarbeiter der Jugendförderung ihre Arbeit in einem der nächsten Ausschüsse erläutern könnten.

Herr Böckmann bemerkt, dass es sich hier um ein klassisches Aufgabengebiet der Jugendpflege handele und es verschiedene Möglichkeiten für einen sinnvollen Kommunikationsaufbau gäbe.

Herr Mälzer gibt an, dass der Antrag seiner Meinung nach ungenau formuliert sei. Eine Betreuungsversagung des Friesenhügels werde von seiner Fraktion nicht begrüßt. Auch der Vorschlag einer zeitlich definierten Ruhezone würde eine vermehrte Kontrolle bedeuten. Er sei der Ansicht, dass Jugendliche Freiräume haben sollen und vermutet bei einer Versagung ebenfalls ähnliche Situationen an anderen Stellen. Um die Entwicklung zueinander zu verbessern, plädiert er für eine verstärkte Einbindung der Jugendförderung.

Herr Kruse bedankt sich für die Wortmeldungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Verkehrslärm in der Innenstadt
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2018
 Vorlage: 17/0837

Herr Kruse bittet Herrn Mälzer um die Begründung des Antrages.

Herr Mälzer erläutert die Eingabe seiner Fraktion. Er gibt an, dass ihm die Stellungnahme der Verwaltung nicht ausreiche. Zum einen werde nur Bezug auf die Straße „Am Delft“ und auf den Rathausplatz genommen und zum anderen sei das Ergebnis des Gremiums, es gäbe dort kein generelles Geschwindigkeitsproblem, sondern es handele sich um das individuelle Fehlverhalten einiger weniger Verkehrsteilnehmer, nicht zufriedenstellend. Er beklagt, dass für diese Situ-

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

ation seitens der Verwaltung keine Konsequenzen folgen sollen. Auch das genannte Modellprojekt „Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen“ würde seiner Ansicht nach nichts bewirken.

Das Problem sei vielmehr, dass es bestimmte Pkw-Fahrer gäbe, die sich durch lauten Motorenlärm und wiederholtes Runddrehen Aufmerksamkeit verschaffen wollen. In diesem Zusammenhang zitiert er § 30 der StVO. Um ein Signal zu setzen fordere seine Fraktion eine verstärkte Polizeipräsenz und Kontrolle.

Herr Ubben gibt an, dass in der Innenstadt grundsätzlich eine deutlich höhere Lärmbeeinträchtigung vorhanden sei und auch in diesem Antrag wieder der Wunsch nach mehr Kontrolle angesprochen werde. Die Thematik sei von der Verwaltung ernst genommen und zusammen mit Polizei erörtert worden. Es wurde festgestellt, dass es keine Hinweise auf eine etwaig bestehende „Tuning- / Poserszene“ gäbe. In Betracht ziehen solle man auch hier das in diesem Jahr extrem hochsommerliche Wetter, sodass die Wahrnehmung von Lärm möglicherweise stärker war. Seiner Meinung nach sei die Toleranzgrenze auf beiden Seiten, sowohl bei den Anwohnern als auch bei den Verursachern, gering.

Zu den einzelnen Vorschlägen, die im Antrag der FDP-Fraktion gemacht wurden, erklärt **Herr Docter**, dass Bodenschwellen, insbesondere auf Hauptverkehrsstraßen, nachweislich erhöhte Lärmquellen seien. Der Wunsch, Blitzanlagen aufzustellen sei an vielen Stellen vorhanden, allerdings auch mit hohen Kosten verbunden. Bei temporären Blitzanlagen gibt er zu bedenken, dass für die Aufstellung eine entsprechende räumliche Möglichkeit vorhanden sein muss. Aufgrund der Forderung nach mehr Verkehrskontrollen bittet er Herrn Reuwsaat um nähere Erläuterungen.

In diesem Zusammenhang merkt Herr Docter an, dass die FDP-Fraktion im vergangenen Jahr den Vorschlag der Verwaltung zur Geschwindigkeitsreduzierung, nämlich die Teilnahme an dem Modellprojekt „Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen“, welches vom Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr initiiert wurde, abgelehnt habe. Ebenso werde ein autofreier Marktplatz nicht befürwortet. Er äußert Verständnis für die Wünsche der Betroffenen und deren Vorschläge von Maßnahmen.

Herr Mälzer entgegnet, es gehe ihm um den zunehmenden Verkehrslärm zu bestimmten Abendstunden und nicht um die Herbeiführung eines generellen Tempolimits. Die FDP-Fraktion habe sich gegen eine Geschwindigkeitsreduzierung entschieden, da diese zu einer erhöhten Umweltverschmutzung führen könnte. Weiter macht er kreative Vorschläge für die Aufstellung von mobilen Blitzanlagen.

Herr Böckmann begrüßt den Vorschlag einer Geschwindigkeitsreduzierung und die damit verbundene Reduzierung von Lärm. Er schlägt Lärmschutzmaßnahmen durch Temporeduzierung zu bestimmten Zeiten vor und nennt als Beispiel die Geschwindigkeitsreduzierungen vor einigen Emdener Schulen. Eine weitere Idee könne eine generelle Endmotorisierung der Innenstadt sein.

Herr Mälzer dementiert die Ausführung von Herrn Böckmann. Seiner Meinung nach würde durch eine Geschwindigkeitsreduzierung das Problem nicht behoben.

Frau Kruse vertritt den Standpunkt, dass eine Hauptverkehrsstraße nicht durch die Innenstadt geleitet werden müsse. Für weitere Überlegungen möchte sie das neue Verkehrskonzept abwarten um dann nach einer umfassenderen Lösung zu suchen.

Herr Reuwsaat erläutert die Arbeit der Polizei hinsichtlich der geschilderten Verkehrsprobleme innerhalb des Stadtzentrums. Soweit es personell möglich sei, erfolgen Präsenzdienste in der Innenstadt. Aufgrund der Anwohnerbeschwerde sei der fließende Verkehr in der Neutorstraße

Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

kontrolliert worden. Dieses führte zu 2 Ordnungswidrigkeitsverfahren. Er weist darauf hin, dass besonders am Wochenende die Polizei im gesamten Stadtzentrum und auch am „Neuen Markt“ dauerpräsent sei.

Herr Frerichs macht den Vorschlag, die Ampelschaltung im Innenstadtbereich ab 22 Uhr nicht zu deaktivieren.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Schuster erläutert den Sachverhalt der Katastrophe auf dem Truppenübungsplatz der Bundeswehr im LK Emsland. Durch den entstandenen Moorbrand habe die Bundeswehr ein Amtshilfeersuchen u. a. auch an die Stadt Emden gestellt. Speziell wurde die in Emden-Borssum vorhandene Hochleistungspumpe sowie Personal angefordert. Darüber hinaus ist die Kreisfeuerwehrbereitschaft aus Emden zur Einsatzverstärkung hinzugezogen worden. Weitere Unterstützung sei von der Einsatzleitung bisher nicht angefordert worden.

Herr Docter ergänzt, dass es zwei Einsatzleitungen gäbe. Die Einsatzleitung des LK Emsland sei für den Bereich außerhalb des Bundeswehrgeländes und die Einsatzleitung des Bundes sei direkt auf dem Bundeswehrgelände zuständig. Die Emdener Feuerwehrleute seien für den Bund eingesetzt gewesen.

TOP 9 Anfragen

Frau Kruse erkundigt sich nach der noch fehlenden Feuertreppe am Gebäude der Grundschule „Grüner Weg“.

Herr Docter informiert, dass es aufgrund eines Herstellerwechsels zu Verzögerungen gekommen sei, ansonsten könne er keine genaueren Angaben machen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.